

image not found or type unknown

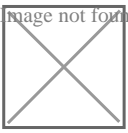
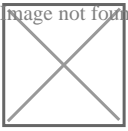


image not found or type unknown



- -  Facebook
 -  Twitter

Weitere Rechtsquellen und parlamentarische Materialien

NS-Rechtsquellen 1938-45

Hier finden Sie eine Auswahl jener Rechtsnormen, die von 1938 bis 1945 Grundlage für die planmäßige Entziehung von Vermögenswerten durch das NS-Regime in Österreich waren.

Devisenrecht

Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich, wodurch die Bekanntmachung des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung vom 12. Dezember 1938 verlautbart wird

GBIÖ. Nr. 654/1938 (16.12.1938)

Gesetz über die Abänderung und Ergänzung der Devisenverordnung (Devisengesetz für das Land Österreich)

GBIÖ. Nr. 13/1938 (23.03.1938)

Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich, wodurch die Verordnung zur Devisenbewirtschaftung (Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung) vom 22. Dezember 1938 bekannt gemacht wird

GBIÖ. Nr. 700/1938 (30.12.1938)

Gesetz über die Abänderung und Ergänzung der Devisenverordnung (2. Devisengesetz für das Land Österreich)

GBIÖ. Nr. 155/1938 (01.06.1938)

Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich, wodurch die Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Devisenbewirtschaftung vom 23. Dezember 1938 bekannt gemacht wird

GBIÖ. Nr. 24/1939 (09.01.1939)

Vermögensanmeldung

Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich, wodurch die Berichtigung eines Druckfehlers in der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 bekanntgemacht wird

GBIÖ. Nr. 697/1938 (28.12.1938)

Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich, wodurch die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 bekanntgemacht wird

GBIÖ. Nr. 102/1938 (27.04.1938)

Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich, wodurch die Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 bekanntgemacht wird

GBIÖ. Nr. 633/1938 (06.12.1938)

Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich, wodurch die Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 bekannt gemacht wird

GBIÖ. Nr. 103/1938 (27.04.1938)

Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich über die Übertragung von Befugnissen nach den Vorschriften über die Anmeldung des Vermögens von Juden und über die Errichtung einer Vermögensverkehrsstelle im Ministerium für Handel und Verkehr

GBIÖ. Nr. 139/1938 (18.05.1938)

"Anschluss"

Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich, wodurch das Gesetz über Gebietsveränderungen im Lande Österreich vom 1. Oktober 1938 bekanntgemacht wird

GBIÖ. Nr. 443/1938 (06.10.1938)

RGBl. I 1938, S. 1333 (01.10.1938)

Ausführungsanweisung des Oberkommandos der Wehrmacht zur Weisung des Obersten Befehlshaber der Wehrmacht Adolf Hitler für den bewaffneten Einmarsch der Wehrmacht in Österreich ("Unternehmen Otto")

OKW-Anweisung zu "Unternehmen Otto" (11.03.1938)

Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich, wodurch die Verordnung über die Einführung des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole im Lande Österreich vom 2. Juli 1938 bekanntgemacht wird

GBIÖ. Nr. 237/1938 (11.07.1938)

Verordnung zum Schutze der nationalen Symbole (02.07.1938)

Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich, wodurch die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit im Lande Österreich vom 3. Juli 1938 bekanntgemacht wird

GBIÖ. Nr. 236/1938 (11.07.1938)

RGBl. I 1938, S.790-791 (03.07.1938)

Weisung des Obersten Befehlshaber der Wehrmacht Adolf Hitler für den bewaffneten Einmarsch der Wehrmacht in Österreich ["Unternehmen Otto"]

Weisung "Unternehmen Otto" (11.03.1938)

Kundmachung des Bundeskanzleramtes, womit das Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, R.G.Bl. 75/1938, neuerlich verlautbart wird

GBIÖ Nr. 1/1938 (15.03.1938)

RGBl. I 1938, S. 237-238 (13.03.1938)

Kommissarische Verwaltung

Anordnung des Reichsstatthalters über kommissarische Verwalter in der Privatwirtschaft

GBIÖ. Nr. 226/1938 (02.07.1938)

Gesetz über die Bestellung von kommissarischen Verwaltern und kommissarischen Überwachungspersonen
GBIÖ. Nr. 80/1938 (13.04.1938)

Gesetz, womit das Gesetz über die Bestellung von kommissarischen Verwaltern und kommissarischen
Überwachungspersonen, G. Bl. Nr. 80/1938, geändert wird
GBIÖ. Nr. 518/1938 (24.10.1938)

"Sühneleistung"

Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich, wodurch die Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher
Staatsangehörigkeit vom 12. November 1938 bekanntgemacht wird
GBIÖ. Nr. 578/1938 (18.11.1938)

Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich, wodurch die Durchführungsverordnung über die Sühneleistung der
Juden vom 21. November 1938 bekanntgemacht wird
GBIÖ. Nr. 612/1938 (30.11.1938)

Dokumentensammlungen

Inhaltsverzeichnis des GBIÖ. aus dem Jahr 1938

Inhaltsverzeichnis aller Gesetze, die im Jahr 1938 im Gesetzblatt für das Land Österreich veröffentlicht wurden

Inhaltsverzeichnis des GBIÖ. aus dem Jahr 1939

Inhaltsverzeichnis aller Gesetze, die im Jahr 1939 im Gesetzblatt für das Land Österreich veröffentlicht wurden

Inhaltsverzeichnis des GBIÖ. aus dem Jahr 1940

Inhaltsverzeichnis aller Gesetze, die im Jahr 1940 im Gesetzblatt für das Land Österreich veröffentlicht wurden

Gesetze zur Konfiskation ausländischen Vermögens

Auswahl von NS-Gesetzen zur Konfiskation von ausländischem Vermögen in englischer und deutscher Sprache,
zusammengestellt durch das Schweizerische Claims Resolution Tribunal

(Anti-)jüdische Rechtsverordnungen

Auswahl von historischen anti-jüdischen Rechtsverordnungen und solche, die sich (ohne Diskriminierung) auf die jüdische
Konfession beziehen, zusammengestellt von documentArchiv.de

Rechtsquellen seit Mai 1945

Hier finden Sie eine Zusammenstellung österreichischer Rechtsnormen, die nach 1945 Grundlage für die Erfassung,
Restitution oder Verwertung von Vermögenswerten waren, die im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen
Machtübernahme beschlagnahmt, "arisiert" oder auf andere Weise entzogen worden sind. Die BGBl-Nummern führen zu
den im Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramtes abgespeicherten und im Staats- bzw. Bundesgesetzblatt
veröffentlichten Gesetzestexten als PDF-Datei.

Gesetze zur Rückstellung im eigentlichen Sinn

Vermögensentziehungs-Erfassungsgesetz

Gesetz über die Erfassung arisierter und anderer im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme
entzogenen Vermögenschaften vom 10. Mai 1945

StF

: StGBI Nr. 10/1945

StGBI Nr. 19/1945 (DFB)

StGBI Nr. 23/1945

StGBI Nr. 135/1945

StGBI Nr. 201/1945

BGBI Nr. 150/1946 (4. Vermögensentziehungs-Erfassungsnovelle)

Vermögensentziehungs-Anmeldeverordnung

Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien vom 15. September 1946 zur Durchführung des Gesetzes über die Erfassung arisierter und anderer im Zusammenhange mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogenen Vermögenschaften vom 10. Mai 1945, St. G.Bl. Nr. 10

StF: BGBI Nr. 166/1946

Repatriierungsgesetz

Gesetz über die Repatriierung öffentlichen Vermögens vom 10. Mai 1945

StF: StGBI Nr. 11/1945

StGBI Nr. 19/1945 (DFB)

—

Nichtigkeitsgesetz

Bundesgesetz vom 15. Mai 1946 über die Nichtigkeitserklärung von Rechtsgeschäften und sonstigen Rechtshandlungen, die während der deutschen Besetzung Österreichs erfolgt sind

StF: BGBI Nr. 106/1946

—

Erstes Rückstellungsgesetz

Bundesgesetz vom 26. Juli 1946 über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich in Verwaltung des Bundes oder der Bundesländer befinden

StF: BGBI Nr. 156/1946

Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien vom 15. September 1946 zur Durchführung des Ersten Rückstellungsgesetzes

StF: BGBI Nr. 167/1946

Zweites Rückstellungsgesetz

Bundesgesetz vom 6. Februar 1947 über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich im Eigentum der Republik Österreich befinden

StF: BGBI Nr. 53/1947

Drittes Rückstellungsgesetz

Bundesgesetz vom 6. Februar 1947 über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen

StF: BGBI Nr. 54/1947

BGBI Nr. 148/1947

Viertes Rückstellungsgesetz

Bundesgesetz vom 21. Mai 1947, betreffend die unter nationalsozialistischem Zwang geänderten oder gelöschten Firmennamen

StF: BGBl Nr. 143/1947

BGBl Nr. 10/1991

Fünftes Rückstellungsgesetz

Bundesgesetz vom 22. Juni 1949 über die Rückstellung entzogenen Vermögens juristischer Personen des Wirtschaftslebens, die ihre Rechtspersönlichkeit unter nationalsozialistischem Zwang verloren haben

StF: BGBl Nr. 164/1949

Sechstes Rückstellungsgesetz

Bundesgesetz vom 30. Juni 1949 über die Rückstellung gewerblicher Schutzrechte

StF: BGBl Nr.199/1949

BGBl Nr. 83/1950 (DFB)

BGBl Nr. 10/1991

Siebentes Rückstellungsgesetz

Bundesgesetz vom 14. Juli 1949 über die Geltendmachung entzogener oder nicht erfüllter Ansprüche aus Dienstverhältnissen in der Privatwirtschaft

StF: BGBl Nr. 207/1949

Bundesgesetz vom 5. Juli 1962 über die Anmeldung gewisser Ansprüche aus Dienstverhältnissen in der Privatwirtschaft

StF: BGBl Nr. 187/1962

BGBl Nr. 505/1994

Bundesgesetz vom 12. Dezember 1963, betreffend die Abgeltung gewisser Ansprüche aus Dienstverhältnissen in der Privatwirtschaft

StF: BGBl Nr. 319/1963

BGBl Nr. 505/1994

Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung vom 15. Jänner 1948 über die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem 1., 2. und 3. Rückstellungsgesetz

StF: BGBl Nr. 39/1948

Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 23. April 1948 über die Verlängerung der Frist zur Firmenanmeldung nach dem Vierten Rückstellungsgesetz

StF: BGBl Nr. 95/1948

Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung vom 12. November 1948 über die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten und Zweiten Rückstellungsgesetz

StF: BGBl Nr. 257/1948

Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 24. November 1948 über die Verlängerung der Frist zur Firmenanmeldung nach dem Vierten Rückstellungsgesetz

StF: BGBl Nr. 259/1948

Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung vom 1. Dezember 1948 über die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Dritten Rückstellungsgesetz
StF: BGBl Nr. 5/1949

Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung vom 21. Mai 1949 über die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Dritten Rückstellungsgesetz
StF: BGBl Nr. 136/1949

Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 17. November 1949 über die Verlängerung der Frist zur Firmenanmeldung nach dem Vierten Rückstellungsgesetz
StF: BGBl Nr. 278/1949

Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung vom 24. November 1949 über die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten, Zweiten und Dritten Rückstellungsgesetz
StF: BGBl Nr. 279/1949

Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 21. Februar 1950 über die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten, Zweiten und Dritten Rückstellungsgesetz
StF: BGBl Nr. 72/1950

Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 4. August 1951, betreffend Verlängerung der Frist für die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Siebenten Rückstellungsgesetz
StF: BGBl Nr. 199/1951

Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 8. November 1951 über die Verlängerung der Fristen zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten, dem Zweiten und dem Dritten Rückstellungsgesetz und der Fristen zur Geltendmachung der Rückstellungsansprüche nach dem Fünften Rückstellungsgesetz
StF: BGBl Nr. 257/1951
BGBl Nr. 111/1952

Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 14. Oktober 1952 über die Verlängerung der Frist zur Firmenanmeldung nach dem Vierten Rückstellungsgesetz
StF: BGBl Nr. 199/1952

Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 21. Oktober 1952 über die Verlängerungen von Fristen zur Geltendmachung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten, dem Zweiten, dem Dritten und dem Fünften Rückstellungsgesetz
StF: BGBl Nr. 200/1952
BGBl Nr. 75/1953

Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 8. Oktober 1953 über die Verlängerung von Fristen zur Geltendmachung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten, dem Zweiten, dem Dritten und dem Fünften Rückstellungsgesetz
StF: BGBl Nr. 167/1953
BGBl Nr. 252/1954
BGBl Nr. 201/1955

Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 17. November 1953 über die Verlängerung der Frist für die

Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Siebenten Rückstellungsgesetz

StF: BGBl Nr. 179/1953

Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 10. November 1953 über die Verlängerung der Frist zur Geltendmachung von Rückstellungsansprüchen nach dem Sechsten Rückstellungsgesetz

StF: BGBl Nr. 186/1953

—

Verwaltergesetz 1952

Kundmachung der Bundesregierung vom 27. Mai 1953 über die Wiederverlautbarung des Bundesgesetzes über die Bestellung von öffentlichen Verwaltern und öffentlichen Aufsichtspersonen

StF: BGBl Nr. 100/1953

BGBl Nr. 151/1964

BGBl Nr. 275/1966 (VfGH)

BGBl Nr. 422/1974

BGBl Nr. 10/1991

Durchführungsverordnung zum Verwaltergesetz

Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien vom 25. November 1946 zur Durchführung des Verwaltergesetzes

StF: BGBl Nr. 7/1947

Verwaltergesetz

Bundesgesetz vom 26. Juli 1946 über die Bestellung von öffentlichen Verwaltern und öffentlichen Aufsichtspersonen

StF: BGBl Nr. 157/1946

BGBl Nr. 163/1949 (Verwaltergesetznovelle)

BGBl Nr. 24/1950

BGBl Nr. 54/1952 (2. Verwaltergesetznovelle)

BGBl Nr. 160/1952

Bundesgesetz vom 1. Februar 1946 über öffentliche Verwalter und öffentliche Aufsichtspersonen

StF: BGBl Nr. 75/1946

aufgehoben durch BGBl Nr.157/1946

Gesetz über die Bestellung von öffentlichen Verwaltern und öffentlichen Aufsichtspersonen

StF: StGBI Nr. 9/1945

aufgehoben durch BGBl Nr.75/1946

—

Erstes Rückstellungsanspruchsgesetz

Bundesgesetz vom 19. November 1947, über die Geltendmachung der Rückstellungsansprüche der aufgelösten österreichischen Verbrauchergenossenschaften

StF: BGBl Nr. 256/1947

Zweites Rückstellungsanspruchsgesetz

Bundesgesetz vom 11. Juli 1951 über die Übertragung der Ansprüche auf Rückstellung von Vermögen einiger juristischer Personen, die ihre Rechtspersönlichkeit während der deutschen Besetzung Österreichs verloren und später wiedererlangt haben

StF: BGBl Nr. 176/1951

Drittes Rückstellungsanspruchsgesetz

Bundesgesetz vom 16. Dezember 1953 über die Übertragung der Ansprüche auf Rückstellung von Vermögen weiterer juristischer Personen, die ihre Rechtspersönlichkeit während der deutschen Besetzung Österreichs verloren und später nicht wiedererlangt haben, und über die Abänderung und Ergänzung des 2. Rückstellungsanspruchsgesetzes

StF: BGBl Nr. 23/1954

Viertes Rückstellungsanspruchsgesetz

Bundesgesetz vom 17. Mai 1961 über die Erhebung von Ansprüchen der Auffangorganisationen auf Rückstellung von Vermögen nach den Rückstellungsgesetzen

StF: BGBl Nr. 133/1961

—

Rückgabegesetz

Bundesgesetz vom 6. Februar 1947 über die Rückgabe des Vermögens aufgelöster oder verbotener demokratischer Organisationen

StF: BGBl Nr. 55/1947

Zweites Rückgabegesetz

Bundesgesetz vom 22. Juni 1949 über die Rückgabeanprüche aufgelöster oder verbotener demokratischer Organisationen als Bestandnehmer

StF: BGBl Nr. 165/1949

Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 6. Oktober 1951 über die Verlängerung der Frist zur Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Zweiten Rückgabegesetz

StF: BGBl Nr. 237/1951

Drittes Rückgabegesetz

Bundesgesetz vom 14. Juli 1949 über die Geltendmachung von in der Zeit zwischen März 1933 und März 1938 verlorengegangenen Ansprüchen aus Privatdienstverhältnissen

StF: BGBl Nr. 208/1949

Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 4. August 1951, betreffend Verlängerung der Frist für die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Dritten Rückgabegesetz

StF: BGBl Nr. 200/1951

BGBl Nr. 49/1952

Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 17. November 1953 über die Verlängerung der Frist für die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Dritten Rückgabegesetz

StF: BGBl Nr. 180/1953

Bundesverfassungsgesetz vom 14. Juli 1949 über die Geltendmachung entzogener, nicht erfüllter oder verlorengegangener Ansprüche aus Dienstverhältnissen von Arbeitern in der Land- und Forstwirtschaft

StF: BGBl Nr. 210/1949

Behörden-Überleitungsgesetz

Gesetz vom 20. Juli 1945 über die Überleitung der Verwaltungs- und Justizeinrichtungen des Deutschen Reiches in die Rechtsordnung der Republik Österreich

StF: StGBI Nr. 94/1945

(Dieses Gesetz wurde mehrfach novelliert. Nähere Informationen hiezu finden Sie auf den Seiten des Rechtsinformationssystems des BKA.)

Bundesgesetz vom 16. Dezember 1949 über die Auflösung von Bundesministerien und die Neuordnung des Wirkungsbereiches einiger Bundesministerien

BGBI Nr. 24/1950

Bundesgesetz vom 2. Juli 1947 über die Zulässigkeit der gerichtlichen Geltendmachung verjährter Rechte

StF: BGBI Nr. 193/1947

BGBI Nr. 129/1948

BGBI Nr. 131/1949

BGBI Nr. 3/1950

BGBI Nr. 123/1950

BGBI Nr. 126/1951

BGBI Nr. 90/1952

Versicherungswiederaufbaugesetz

Bundesgesetz vom 8. September 1955 über den Wiederaufbau der Vertragsversicherung

StF: BGBI Nr. 185/1955

BGBI Nr. 61/1962

BGBI Nr. 569/1978

Bundesgesetz vom 26. Juni 1958, betreffend die Regelung vom Deutschen Reiche eingezogener Ansprüche aus Lebensversicherungen

StF: BGBI Nr. 130/1958

Bundesgesetz vom 27. Juni 1969 über die Bereinigung der Eigentumsverhältnisse des im Gewahrsam des Bundesdenkmalamtes befindlichen Kunst- und Kulturgutes

StF: BGBI Nr. 294/1969

BGBI Nr. 311/1971

Zweites Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetz

Bundesgesetz vom 13. Dezember 1985 über die Herausgabe und Verwertung ehemals herrenlosen Kunst- und Kulturgutes, das sich im Eigentum des Bundes befindet

StF: BGBI Nr. 2/1986

BGBI Nr. 515/1995

Bundesgesetz vom 4. Dezember 1998 über die Rückgabe von Kunstgegenständen aus den Österreichischen Bundesmuseen

und Sammlungen

StF: BGBl I Nr. 181/1998

Entschädigungsfondsgesetz

Bundesgesetz über die Einrichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und über Restitutionsmaßnahmen

StF: BGBl I Nr. 12/2001

BGBl I Nr. 40/2001

BGBl I Nr. 58/2001

BGBl I Nr. 114/2002

BGBl I Nr. 108/2004

BGBl I Nr. 142/2005

BGBl I Nr. 20/2007

BGBl I Nr. 2/2008

BGBl I Nr. 89/2008

BGBl I Nr. 54/2009

BGBl I Nr. 9/2013

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zur Regelung von Fragen der Entschädigung und Restitution für Opfer des Nationalsozialismus

StF: BGBl III Nr. 121/2001

Kundmachung der Bundesregierung über das Eintreten der Rechtsfriedens vor amerikanischen Gerichten im Sinn des Entschädigungsfondsgesetzes

StF: BGBl I Nr. 145/2005

Staatsvertrag und gesetzliche Maßnahmen aufgrund des Staatsvertrages

Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich

StF: BGBl Nr. 152/1955 (Auszug)

BGBl III Nr. 179/2002 (DFB)

1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz

Bundesgesetz vom 25. Juli 1956 betreffend die Durchführung einzelner Bestimmungen des IV. Teiles des Staatsvertrages

StF: BGBl Nr. 165/1956

BGBl Nr. 32/1957 (2. Staatsvertragsdurchführungsgesetz)

BGBl Nr. 177/1957 (4. Staatsvertragsdurchführungsgesetz)

BGBl Nr. 131/1958 (6. Staatsvertragsdurchführungsgesetz)

BGBl Nr. 148/1958 (7. Staatsvertragsdurchführungsgesetz)

BGBl Nr. 233/1959 (9. Staatsvertragsdurchführungsgesetz)

BGBl Nr. 91/1993

BGBl I Nr. 119/1997 (Änderung des 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetzes)

BGBl I Nr. 98/2001

BGBl I Nr. 100/2003

3. Staatsvertragsdurchführungsgesetz

Bundesgesetz vom 17. Juli 1957, womit weitere Bestimmungen zur Durchführung des IV. Teiles des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955, BGBl Nr.. Nr. 152, erlassen werden

StF: BGBl Nr. 176/1957

BGBl Nr. 148/1958

4. Staatsvertragsdurchführungsgesetz

Bundesgesetz vom 10. Juli 1957, mit dem das 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz abgeändert und ergänzt wird

StF: BGBl Nr. 177/1957

BGBl Nr. 16/1958

5. Staatsvertragsdurchführungsgesetz

Bundesgesetz vom 22. Jänner 1958, mit dem weitere Bestimmungen zur Durchführung des IV. Teiles des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955, BGBl Nr.. Nr. 152, erlassen werden

StF: BGBl Nr. 16/1958

BGBl Nr. 10/1991

7. Staatsvertragsdurchführungsgesetz

Bundesgesetz vom 10. Juli 1958, mit dem das 1. und das 3. Staatsvertragsdurchführungsgesetz ergänzt und teilweise geändert werden

StF: BGBl Nr. 148/1958

BGBl Nr. 6/1962

8. Staatsvertragsdurchführungsgesetz

Bundesgesetz vom 10. Juli 1958, mit dem weitere Bestimmungen zur Durchführung des IV. Teiles des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955, BGBl Nr.. Nr. 152, erlassen werden

StF: BGBl Nr. 149/1958

10. Staatsvertragsdurchführungsgesetz

Bundesgesetz vom 14. Dezember 1961, mit dem das 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz ergänzt und Artikel I Nr. des 7. Staatsvertragsdurchführungsgesetzes abgeändert wird

StF: BGBl Nr. 6/1962

11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz

Bundesgesetz vom 5. Juli 1962, betreffend die Durchführung des Artikels 27 § 2 des Staatsvertrages

StF: BGBl Nr. 195/1962

BGBl Nr. 267/1963 (DFB)

BGBl Nr. 292/1964

BGBl Nr. 64/1972

BGBl Nr. 91/1993

—

Auffangorganisationengesetz

Bundesgesetz vom 13. März 1957 über die Schaffung von Auffangorganisationen gemäß Artikel 26 § 2 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955

StF: BGBl Nr. 73/1957

BGBl Nr. 285/1958 (Auffangorganisationengesetz-Novelle)

BGBl Nr. 62/1959 (2. Auffangorganisationengesetz-Novelle)

BGBl Nr. 306/1959 (3. Auffangorganisationengesetz-Novelle)

BGBl Nr. 287/1960

(4. Auffangorganisationengesetz-Novelle)

BGBI Nr. 149/1966 (5. Auffangorganisationengesetz-Novelle)

4. Rückstellungsanspruchsgesetz

Bundesgesetz vom 17. Mai 1961 über die Erhebung von Ansprüchen der Auffangorganisationen auf Rückstellung von Vermögen nach den Rückstellungsgesetzen

StF: BGBI Nr. 133/1961

Bundesgesetz vom 5. April 1962 über die Aufteilung der Mittel der "Sammelstellen"

StF: BGBI Nr. 108/1962

Sammelstellen-Abgeltungsgesetz

Bundesgesetz vom 7. Juli 1966, betreffend Abgeltung von Ansprüchen der "Sammelstellen"

StF: BGBI Nr. 150/1966

Abgeltungsfondsgesetz

Bundesgesetz vom 22. März 1961, womit Bundesmittel zur Bildung eines Fonds zur Abgeltung von Vermögensverlusten politisch Verfolgter zur Verfügung gestellt werden

StF: BGBI Nr. 100/1961

Über Rückstellung hinausgehende Entschädigung

Opferfürsorgegesetz

Bundesgesetz vom 4. Juli 1947 über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und die Opfer politischer Verfolgung

StF: BGBI Nr. 183/1947

(Dieses Gesetz wurde mehrfach novelliert. Nähere Informationen hiezu finden Sie auf den Seiten des Rechtsinformationssystems des BKA.)

Bundesgesetz vom 17. April 1985 über die Leistung einer einmaligen Zahlung (Jubiläumsabgabe) an die Bezieher von Renten nach dem Opferfürsorgegesetz, BGBI Nr.. Nr. 183/1947, aus Anlaß des 40. Jahrestages der Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

StF: BGBI Nr. 186/1985

Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz

Bundesgesetz vom 23. März 1988, mit dem aus Anlaß des 50. Jahrestages der Okkupation Österreichs einmalige Ehrengaben und Zuwendungen für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung geleistet werden

StF: BGBI Nr. 197/1988

BGBI Nr. 648/1989

BGBI Nr. 757/1996

—

Beamtenentschädigungsgesetz

Bundesgesetz vom 18. Juli 1952 über die Gewährung von Entschädigungen wegen politischer Maßregelung im öffentlichen Dienst

StF: BGBI Nr. 181/1952

Bundesverfassungsgesetz vom 18. Juli 1952 über die Gewährung von Entschädigungen wegen politischer Maßregelung im öffentlichen Dienst an Personen, die nicht unter das Beamtenentschädigungsgesetz vom 18. Juli 1952, BGBI Nr.. Nr. 181, fallen

StF

: BGBl Nr. 182/1952

—

Hilfsfondsgesetz

Bundesgesetz vom 18. Jänner 1956, womit Bundesmittel zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte zur Verfügung gestellt werden (ursprünglicher Titel: Bundesgesetz vom 18. Jänner 1956, womit Bundesmittel zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte, die ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt im Ausland haben, zur Verfügung gestellt werden)

StF: BGBl Nr. 25/1956

BGBl Nr. 178/1962

BGBl Nr. 714/1976

Nationalfondsgesetz

Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus

StF: BGBl Nr. 432/1995

BGBl I Nr. 183/1998

BGBl I Nr. 131/1999

BGBl I Nr. 11/2001

BGBl I Nr. 14/2001

BGBl I Nr. 19/2003

BGBl I Nr. 64/2008

BGBl I Nr. 99/2010

BGBl I Nr. 128/2011

BGBl I Nr. 9/2013

Bundesgesetz betreffend Zuwendungen an den Internationalen Fonds für Opfer des Nationalsozialismus

StF: BGBl Nr. I 182/1998

Versöhnungsfonds-Gesetz

Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes

StF: BGBl I Nr. 74/2000

BGBl I Nr. 122/2000

BGBl I Nr. 40/2001

BGBl I Nr. 18/2003

BGBl I Nr. 109/2004

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über den Österreichischen Fonds "Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)"

StF: BGBl III Nr. 221/2000

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Russischen Föderation über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes

StF: BGBl III Nr. 17/2001

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Ukraine über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes

StF: BGBl III Nr. 18/2001

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes

StF: BGBl III Nr. 19/2001

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes

StF: BGBl III Nr. 20/2001

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Ungarn über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes

StF: BGBl III Nr. 21/2001

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Belarus über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes

StF: BGBl III Nr. 44/2001

Weitere völkerrechtliche Verträge

Finanz- und Ausgleichsvertrag (sog. Bad Kreuznacher Abkommen)

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Regelung von Schäden der Vertriebenen, Umsiedler und Verfolgten, über weitere finanzielle Fragen und Fragen aus dem sozialen Bereich

StF: BGBl Nr. 283/1962

Weitere Entschädigungsgesetze

Entschädigungsgesetze für Besatzungsschäden, Kriegs- und Verfolgungssachschäden, Spätheimkehrer sowie Umsiedler und Vertriebene

Besatzungsschädengesetz

Bundesgesetz vom 25. Juni 1958 über die Gewährung von Entschädigungen für Schäden, die im Zusammenhang mit der Besetzung Österreichs entstanden sind

StF: BGBl Nr. 126/1958

BGBl Nr. 98/1959

BGBl Nr. 304/1959

Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz

Bundesgesetz vom 25. Juni 1958, über die Gewährung von Entschädigungen für durch Kriegseinwirkung oder durchpolitische Verfolgung erlittene Schäden an Hausrat und an zur Berufsausübung erforderlichen Gegenständen

StF: BGBl Nr. 127/1958

BGBl Nr. 99/1959

BGBl Nr. 305/1959

Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 1. September 1959, mit der die Geschäftsordnung der Bundesentschädigungskommission erlassen wird

StF: BGBl Nr. 202/1959

BGBl 302/1962

BGBl Nr. 538/1975

Bundesgesetz vom 13. Juni 1962 betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches des Besatzungsschäden- und des Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes

StF: BGBl Nr. 176/1962

Spätheimkehrer-Gesetz

Bundesgesetz vom 25. Juni 1958 über finanzielle Hilfeleistungen an Spätheimkehrer

StF: BGBl Nr. 128/1958

BGBl Nr. 314/1994

Anmeldegesetz

Bundesgesetz vom 14. Dezember 1961 über die Anmeldung von Sachschäden, die durch Umsiedlung oder Vertreibung entstanden sind

StF: BGBl Nr. 12/1962

BGBl Nr. 137/1962 (DFB)

BGBl Nr. 64/1963

BGBl Nr. 132/1964

BGBl Nr. 375/1970

Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz

Bundesgesetz vom 13. Juni 1962 über die Entschädigung von Umsiedlern und Vertriebenen

StF: BGBl Nr. 177/1962

BGBl Nr. 105/1965

BGBl Nr. 375/1970

Aushilfegesetz

Bundesgesetz vom 13. Dezember 1976 über die Gewährung einer Aushilfe zur Milderung von Härten infolge bestimmter Vermögensverluste

StF: BGBl Nr. 712/1976

Parlamentarische Materialien

Hier finden Sie parlamentarische Materialien der Gesetzgebungsperioden (GP) XX. (ab 15. Jänner 1996) bis heute zum Nationalfondsgesetz, Entschädigungsfondsgesetz, zum Bundesgesetz über die Einrichtung des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich, zur Kunstrestitution sowie zur Thematik der Aufarbeitung der und des Gedenkens an die NS-Zeit in Österreich.

Nationalfonds

Entschädigungsfondsgesetz und Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus

2130/A (GP XXIV) 19 Nov 2012

Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus

1399 d.B. (GP XXIV) 14 Sep 2011

Einrichtung des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich und Nationalfondsgesetz

1313/A (XXIV. GP) 20.10.2010

Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich Opfer für Opfer des Nationalsozialismus

901/A (XX. GP) 07.10.1998

Opfer des Nationalsozialismus

1100/A (XX. GP) 20.05.1999

Umsetzung des Bundesgesetzes über den Nationalfonds der Republik Österreich

1377/J (XX. GP) 28.10.1996

Nationalfonds der Republik Österreich

1023/A (XX. GP) 25.02.1999

Materieller Schaden von in Österreich lebenden Menschen während der NS-Zeit

1323/J (XX. GP) 03.10.1996

Schaden der NS-Opfer insgesamt

1938/J (XX. GP) 12.02.1997

Umsetzung des Bundesgesetzes über den Nationalfonds der Republik Österreich

6/JPR (XX. GP) 28.10.1996

Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus

473/A (XX. GP) 05.06.1997

Umsetzung des Bundesgesetzes über den Nationalfonds der Republik Österreich

145/A (XX. GP) 20.03.1996

Umsetzung des Bundesgesetzes über den Nationalfonds der Republik Österreich

1378/J (XX. GP) 28.10.1996

Internationaler Fonds für Opfer des Nationalsozialismus

1429 d.B. (XX. GP) 08.10.1998

Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus

1469 d.B. (XX. GP) 29.10.1998

Entschädigungsfonds

Entschädigungsfondsgesetz und Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus

2130/A (GP XXIV) 19.11.2012

Entschädigungsfondsgesetz, Änderung

203 d.B. (GP XXIV) 15.05.2009

Bundes-Verfassungsgesetz, Änderung; Erstes Bundesverfassungsrechtsbereinigungsgesetz [Änderung § 43 EF-G]

314 d.B. (GP XXIII) 07.11.2007

Änderung § 38 EF-G

589/A (XXIII. GP) 31.01.2008

Änderung § 38 EF-G

604 d.B. (XXIII. GP) 29.05.2008

Entschädigungsfondsgesetz

420/A (XXII. GP) 17.06.2004

Restitutionsantrag der Familie Habsburg-Lothringen

727/J (XXII. GP) 12.08.2003

Entschädigungsfondsgesetz, Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, Opferfürsorgegesetz, Änderung

476 d.B. (XXI. GP) 30.01.2001

Entschädigungsfondsgesetz, Änderung

670/A (XXII. GP) 07.07.2005

Entschädigungsfondsgesetz, Änderung

117/A (XXIII. GP) 03.05.2007

Allgemeiner Entschädigungsfonds und den Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus

15/JPR (XXIII. GP) 03.09.2007

Friedhofsfonds

Einrichtung des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich und Nationalfondsgesetz

1313/A (XXIV. GP) 20.10.2010

Einrichtung des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich

990 d.B. (XXIV. GP) 09.11.2010

Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich, Nationalfondsgesetz

8409/BR d.B. (XXIV. GP) 30.11.2010

Kunstrestitution

Rückgabe von Kunstgegenständen aus den Österreichischen Bundesmuseen

1390 d.B. (XX. GP) 11.08.1998

NS-Raubgut im Zusammenhang mit dem Gedenkjahr Johann Strauß

6555/J (XX. GP) 08.07.1999

Provenienz- und Grundlagenforschung bei NS-Raubkunst

3737/J (XXII. GP) 21.12.2005

Unentgeltliche Übereignung von beweglichem Bundesvermögen

877/A (XX. GP) 18.09.1998

Kunstwerke aus dem Besitz von Verfolgten des NS-Regimes, Auktionshaus Dorotheum Versteigerung

5941/J (XX. GP) 23.03.1999

Restitutionsrechtsänderungsgesetz

782/A (XII. GP) 02.02.2006

Restitution von Klimt-Bildern an die Erbgemeinschaft Bloch-Bauer

336/UEA (XXII. GP) 02.02.2006

Restitutionsbericht 2003/2004

III-195 d.B. (XXII. GP) 03.01.2006

Restitutionsbericht 2002/2003

III-93 d.B. (XXII. GP) 16.07.2004

Provenienz- und Grundlagenforschung bei NS-Raubkunst

3736/J (XXII. GP) 21.05.2005

Restitutionsbericht 2001/2002

III-21 d.B. (XII. GP) 21.03.2003

Restitution von Klimt-Bildern an die Erbgemeinschaft Bloch-Bauer

170/E (XXII. GP) 02.02.2006

Aufarbeitung und Gedenken

Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

90/E (XX. GP) 11.11.1997

Restlose Aufklärung der Bereicherung von SPÖ und ÖVP zu Lasten der NS-Opfer

583/UEA (XX. GP) 05.11.1998

Einsetzung einer Historikerkommission, NS-Opfer, Versäumnisse der Nachkriegszeit

567/UEA (XX. GP) 07.10.1998

Umsetzung des österreichischen Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus

3822/J (XX. GP) 03.10.1998

Umsetzung des österreichischen Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus

3823/J (XX. GP) 03.10.1998

Einführung eines Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus

2110/J (XX. GP) 28.02.1997

Arbeit der Historikerkommission

960/A(E) (XX. GP) 26.11.1998

Einführung eines österreichischen Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus

1954/J (XX. GP) 17.02.1997

NS-Opfer-Gedenktag

99/A(E)-BR/97 04.11.1997

Umsetzung des österreichischen Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus

3818/J (XX. GP) 10.03.1998

Weitere Entschädigungen

Entschädigung österreichischer Staatsbürger

3257/J (XX. GP) 07.11.1997

Ehemaliges Bankhaus "M. Thorsch & Söhne"

6172/J (XX. GP) 23.04.1999

© Allgemeiner Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus

© Allgemeiner Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus